

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE ARMEEABSCHAFFUNGS-INITIATIVE

Presseausschuss, Postfach 5835, 3001 Bern, Tel. 031 / 44 36 64

d + f

An die Deutschschweizer Medien

Bern, 11. Juli 1989

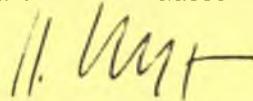
Sehr geehrte Damen und Herren

Der nächste Abstimmungstermin und damit der Volksentscheid über die Armeeabschaffungs-Initiative liegt zwar noch in relativ weiter Ferne, trotzdem erlauben wir uns mit der vorliegenden Ausgabe unseres ersten Pressedienstes bereits heute, Ihnen eine Artikelauswahl zur Verfügung zu stellen und auf die Fragwürdigkeit des betreffenden Volksbegehrens aufmerksam zu machen. Die Hauptargumente, die gegen diese Initiative sprechen, sind im ebenfalls beiliegenden Gründungscommuniqué des Schweizerischen Aktionskomitees gegen die Armeeabschaffungs-Initiative aufgeführt. 171 Eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier setzen sich im Rahmen dieses Komitees für eine Verwerfung dieser Vorlage ein.

Aufgabe der Komiteemitglieder und des Presseausschusses wird es sein, die Stimmbürgerschaft in den kommenden Wochen und Monaten von der Notwendigkeit der Schweizer Armee auch in der heutigen Zeit und den nächsten Jahren zu überzeugen. Wir bitten Sie darum, uns in dieser Informationsaufgabe zu unterstützen und den Beiträgen unserer insgesamt 14 Pressedienstausgaben eine der Wichtigkeit der Abstimmungsvorlage entsprechende Beachtung zu schenken.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss



Hanspeter Merz

Beilage erwähnt

Gründung des Schweizerischen Aktionskomitees gegen die Armeeabschaffungs-Initiative:

Die Schweizer Armee dient der Friedenssicherung

Die Schweizer Armee hat nach wie vor einen wesentlichen Beitrag zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes und zur internationalen Friedenssicherung zu leisten und muss deshalb bestehen bleiben. Ueber 170 Mitglieder des National- und Ständerates haben mit ihrem in den vergangenen Wochen erfolgten Beitritt zum "Schweizerischen Aktionskomitee gegen die Armeeabschaffungs-Initiative" ein deutliches Zeichen für die Ablehnung dieses Volksbegehrens, über das am kommenden 26. November abgestimmt wird, gesetzt. Präsiert wird das Patronatskomitee der Eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier von Nationalrätin Eva Segmüller (CVP/SG), den Nationalräten Jean-Jacques Cevey (FDP/VD) und Jean-François Leuba (Lib/VD) sowie Ständerat Ulrich Gadiant (SVP/GR).

Mit ihren radikalen Forderungen arbeiten die Initianten des Volksbegehrens "für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" bewusst und zielstrebig auf einen Bruch mit den schweizerischen Traditionen und auf die Aufgabe der international anerkannten und bewährten bewaffneten Neutralität und Sicherheitspolitik unseres Landes hin. Ohne Armee wäre die Schweiz nicht mehr in der Lage, ihre völkerrechtlichen Pflichten zu erfüllen und ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Als reine Verteidigungsarmee ist die Schweizer Armee für Angriffe weder ausgebildet noch ausgerüstet und stellt deshalb auch keine Bedrohung für andere Staaten oder den Frieden dar. Im Gegenteil: Eine militärisch glaubwürdig verteidigte Schweiz im Herzen Europas leistet mehr für den internationalen Frieden als eine Schweiz ohne Armee, welche die gesamteuropäische Stabilität nachhaltig gefährden würde. Die Erwartung, andere Länder würden im Falle der Abschaffung der Schweizer Armee diesem Beispiel folgen, ist illusorisch.

Armeefragen und -belange sollen und müssen diskutiert werden. Auf die von den Initianten unmissverständlich gestellte Grundsatzfrage über die Abschaffung der Schweizer Armee kann es aber nur eine Antwort geben: Ein ebenso unmissverständliches NEIN!

39 Zeilen à 60 Zeichen

Veröffentlicht am 10. Juli 1989, 14.30 Uhr

Für eine sinnvolle Friedenspolitik

Von FDP-Nationalrat Paul Wyss, Basel

Im Zusammenhang mit der Initiative "Schweiz ohne Armee" wird auch über den Beitrag der Schweiz zum Frieden in der Welt diskutiert. Um es gleich vorwegzunehmen: Die Abschaffung der Armee ist ganz klar die letzte aller Massnahmen in einer aktiven Schweizer Friedenspolitik. Im Vordergrund stehen andere Möglichkeiten, die sich in der Schweiz schon seit Jahren bewährt haben.

Gute Dienste ausbauen

Besinnen wir uns doch im Rahmen unserer konkreten Friedenssicherungs-bemühungen auf die über hundert Jahre alte und bewährte Friedenstradition der Schweiz. Unser Land hat in dieser Zeit immer und immer wieder seine guten Dienste für die Sache des Weltfriedens eingesetzt; zum Beispiel auf politischer und diplomatischer Ebene als Vermittlerin zwischen Gegnern in bewaffneten Konflikten oder als Sitz vieler humanitärer Organisationen, allen voran des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes oder einzelner UNO-Organisationen. Für mich wäre eine deutliche Verstärkung dieser guten Dienste einer der wirklich sinnvollen Schritte zur konkreten Friedenssicherung - auch wenn die Schweiz gemäss Volksabstimmung kein Mitglied der UNO ist.

Schliesslich plädiere ich dafür, dass die Schweiz ihre guten Dienste und ihr Ansehen in vermehrtem Mass auch zur Durchführung internationaler Konferenzen mit allen finanziellen Konsequenzen (zum Beispiel für die Bewachungsaufgaben) anbietet.

Friedens- und Konfliktforschung

Eine sinnvolle Arbeit sehe ich ausserdem in der Verstärkung der Friedens- und Konfliktforschung an unseren Universitäten und Hochschulen - gefördert durch den Bund. Die Schweiz mit ihrem grossen wissenschaftlichen Potential könnte gerade damit die für die übrige Welt immer wieder geforderten Signale setzen.

Ein eigentliches schweizerisches Friedensinstitut dagegen, wie es immer wieder gefordert wird, ist meines Erachtens unnötig, nicht zuletzt, weil es von den meisten bestehenden Instituten als kontraproduktive Konkurrenz abgelehnt wird.

Dialog fördern

Schliesslich gilt es, die Information und den Dialog zu den Themen Frieden und Friedenssicherung national sowie international zu verstärken. Die im vergangenen Jahr gegründete "Schweizer Friedensstiftung" will die Kommunikation zwischen ihren aus allen politischen, religiösen und sozialen Kreisen zusammengesetzten Mitgliedern fördern. Nicht zuletzt aus der Erkenntnis heraus, dass der Dialog die Aggressionsbereitschaft unter selbst stark verfeindeten Parteien nachhaltig abbauen kann.

Für uns alle ist der Friede ein kostbares Gut, das wir umsichtig aber auch realistisch pflegen müssen. Radikalforderungen - wie etwa die Abschaffung unserer defensiven Milizarmee - sind jedoch keine Lösung. Im Gegenteil, denn solche Aktionen lenken nur von der wirklich nutzbringenden Arbeit an der weltweiten Friedensförderung ab.

Auch Lenin wollte "ohne Armee"

Wladimir Iljitsch Uljanow, besser bekannt als Lenin, wollte die Schweizer Armee schon einmal abschaffen. Das war vor 73 Jahren. In Zürich schrieb Lenin im Dezember 1916 die "Thesen über das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zum Krieg" ("Werke", Band 23). Und 1989 stimmt nun das Volk ab über die Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik".

Im Ersten Weltkrieg war die Sozialdemokratische Partei der Schweiz unter Präsident Emil Klöti, dem späteren Zürcher Stadtpräsidenten, gegen Lenin. Dieser sprach nämlich von den "Phrasen der Landesverteidigung" und forderte "sofortige Demobilisation...". Er redete von "betrügerischen Reden über die Verteidigung der Neutralität" (Lenin über "Die Aufgaben der linken Zimmerwalder in der SPS", 1916).

Lenin ging aber noch weiter. Er appellierte an "die Arbeiterschaft, auf die Vorbereitungen der schweizerischen Bourgeoisie zum Kriege, sowie auch auf den Krieg, wenn er kommt, mit den schärfsten Mitteln des proletarischen Klassenkampfes zu antworten."

Lenin wollte den "Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien" beginnen; er unterstützte "alle revolutionären Bewegungen und Kämpfe gegen den Krieg..."; er forderte "revolutionäre Massenkämpfe innerhalb der Schweiz, Streiks, Demonstrationen, den bewaffneten Aufstand gegen die Bourgeoisie"; er wollte die "systematische Propaganda im Heere..." propagieren; er gründete die "illegalen Organisationen durch die Masse der Arbeiter...". Besonders betonte er die These Nummer 5: "Als Ziel der revolutionären Massenkämpfe (...) stellt die Partei die sozialistische Umwälzung der Schweiz auf."

Über die heutige Volksinitiative "Schweiz ohne Armee" wird Ende November 1989 abgestimmt. Sie verspricht eine umfassende Friedenspolitik. Sie will das Gleiche wie damals Lenin. Aber die kleine Gruppe der Initianten schweigt über den zweiten Schritt, das heisst die Umwälzung, den Kampf im Innern, den bewaffneten Aufstand, die Streiks, die Demonstrationen.

Als Lenin zwei Jahre nach der Niederschrift seiner Thesen in Sowjetrussland stand, gründete er am 23. Februar 1918 die "neue, die andere und grössere" Armee. In Zürich beim Helvetiaplatz hängt ein Plakat: "Proletarische Internationale - Kampf im eigenen Land."

Schweiz ohne Armee: Historisch gesehen Selbstmord

Am 26. November hat das Schweizervolk über die Initiative zur Abschaffung der Schweizer Armee abzustimmen. Damit wird es die einmalige Möglichkeit erhalten, seinen Platz in der Geschichte der Zukunft selber zu bestimmen. Denn eines steht fest: Ohne Armee werden auch wir uns irgendeinmal in der Liste der historischen Opfer wiederfinden.

Die Geschichte lehrt uns, dass es leider bis jetzt immer so war, dass friedliebende Länder und Völker ohne funktionierende Armeen auf Usurpatoren und Aggressoren aller Art einen ganz besonderen Reiz ausüben. Angefangen bei Alexander dem Grossen, der sich die friedliebenden und entsprechend schlecht gerüsteten Völker beispielsweise im Indusdal zu Dutzenden unterwarf, kennt die Geschichte jeder Epoche massenhaft Beispiele dieser Art.

Seien es die Römer, die sich halb Europa unterwarfen, oder Karl der Grosse, der veruchte, auf ihren Spuren zu wandeln, seien es die spätmittelalterlichen Spanier und Portugiesen mit ihren Ueberseekolonien, die kolonialen Engländer, Holländer und Franzosen mit ihren Weltreichen: Schlecht oder gar nicht verteidigtes Land blieb bis anhin nie herrenlos. Und nur ganz selten kontrollierte es die wirkliche Urbevölkerung. Das ist auch in der Neuzeit nicht anders geworden.

Polen, Lettland, Estland, Litauen, aber auch Belgien und Holland beweisen, dass der Brävste nicht in Frieden leben kann, wenn dies dem bösen Nachbar nicht gefällt. Alle mussten sie im zweiten Weltkrieg böse Erfahrungen mit der waffenlosen Neutralität oder dem Glauben an verbrieftete Rechte und Garantien machen. Auch Costa Rica hat sich mit der Abschaffung seiner Armee zum grössten Teil selber in den Schlamassel gestürzt, aus dem es kaum mehr ohne fremde Hilfe herausfindet. Lorenz von Stein hat die Weltgeschichte richtig zusammengefasst, als er sagte: "Wenn ein Volk sein eigenes Heer nicht erhalten will, so wird es dasjenige seiner Feinde erhalten müssen."

Wohl niemand hat etwas dagegen einzuwenden, wenn das Klima auf dem politischen Parkett der Weltgeschichte weniger kalt und menschlicher wird. Eine Schwalbe macht aber bekanntlich noch keinen Frühling. Und selbst feurigste Anhänger von Gorbatschow's Reformpolitik zweifeln immer noch am langfristigen Erfolg des Projektes. Deshalb subito auf unsere Defensivarmee zu verzichten, wäre historischer Selbstmord. Bevor die Armeen und Waffen dieser Welt ganz abgeschafft werden können, muss zuerst der Mensch radikal verändert werden. Fanatiker nach der Art Khomeinis gibt es zuhauf, wird es immer geben. Und solange es sie gibt, wird es auch Armeen zum Schutz vor solchen Leuten geben müssen. Die Schweiz darf hier im ureigensten Interessen keine Ausnahme machen.

Schweizer Armee ist stabilisierender Faktor in Europa

Im kommenden Herbst werden wir darüber zu befinden haben, ob wir unsere Schweizer Verteidigungsarmee beibehalten oder abschaffen wollen. Vergegenwärtigen wir uns einmal die Rolle dieser Armee im europäischen Kontext, so wird uns schnell klar, dass eine Abschaffung für unser Land katastrophale Folgen hätte.

Zusammen mit dem ebenfalls einer bewaffneten Neutralität verpflichteten Oesterreich bildet unser Land einen neutralen Korridor zwischen Ost und West einerseits, einen neutralen Riegel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien andererseits. Das Dispositiv der Nato wird durch den Riegel mehr oder weniger in zwei Hälften geteilt. Für den Warschauer Pakt ergibt sich die ebenfalls nicht angenehme Tatsache, dass ein neutraler Korridor weit in sein Gebiet hineinragt.

Ausgehend von dieser heiklen Lage hat die Schweiz sicherzustellen, dass keiner der Machtblöcke ihr Territorium als militärisches Vakuum einschätzt oder in Versuchung kommt, diesen neutralen Raum als willkommenes Operationsgebiet für offensive Zwecke zu missbrauchen. Alles hängt davon ab, ob die schweizerischen Verteidigungsanstrengungen einen militärischen Missbrauch des Landes als unrealistisch und mit zu hohen Kosten verbunden erscheinen lassen. Diese spezifische, schweizerische Doktrin der Kriegsverhinderung durch Verteidigungsfähigkeit, des kämpfen könnens um nicht kämpfen zu müssen, wird als Dissuasions-Strategie (Abhaltestrategie) bezeichnet.

Oberstes Ziel der Schweizer Sicherheitspolitik, speziell aber ihres stärksten Mittels, der Armee, muss demnach sein, in dissuasiver (abratender) Weise glaubhaft zu machen, dass ihr Territorium für keine Macht ein verlockendes Operationstheater abgeben würde. Mit ihren kontinuierlichen Wehranstrengungen stellt die Schweiz so im europäischen Rahmen sicher, dass im Konfliktfall von ihrem im Herzen Europas liegenden Gebiet für keine Partei eine Gefahr ausgeht. Damit schafft sie eine Zone der Stabilität in einem strategisch höchst bedeutsamen Raum und leistet so einen Beitrag zur Friedenssicherung in Europa.

Würde nur unsere Armee wegfallen so würde unser Territorium zu einer dauernden Gefährdung für die umliegenden Staaten. Insbesondere auch die NATO, in deren Gebiet die Schweiz hauptsächlich hineinragt, könnte diesen Zustand nur schwer akzeptieren. Es ist denkbar, dass man uns dann Stützpunkte für fremde Streitkräfte abringen würde, dass Druck auf uns ausgeübt wird, einem Bündnis beizutreten oder dass wir im Falle erhöhter Spannungen schlichtwegs besetzt würden. In einem Konfliktfall müssten wir gar damit rechnen, dass mit kleineren Atomraketen wichtige Achsen in unserem Lande präventiv unpassierbar gemacht würden. Französische Militärkreise haben derartiges bereits angekündigt. Was raten uns dann die famosen Schweizerinnen und Schweizer, die ein bewährtes Schutzmittel des Landes beseitigen wollen? Die Abschaffungsinitiative ist für unser Land gefährlich und verdient eine saftige Abfuhr!

Daniel Heller

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN
DIE ARMEEABSCHAFFUNGS-INITIATIVE

Geschäftsstelle Zürich
Postfach 502
8034 Zürich

Zürich, 28. Juni 1989

P A T R O N A T S K O M I T E E

Mitgliederliste

1. Leitung

<u>Präsidium:</u>	Dr.Jean-Jacques Cevey, NR, Montreux	FDP/VD
	Dr.Ulrich Gadiant, SR, Chur	SVP/GR
	Dr.Jean-François Leuba, NR, Chexbres	Lib/VD
	Eva Segmüller, NR, St.Gallen	CVP/SG

<u>Vizepräsidium:</u>	Geneviève Aubry, NR, Tavannes	FDP/BE
	Dr.Hans Jörg Huber, SR, Zurzach	CVP/AG
	Dr.Willy Loretan, NR, Zofingen	FDP/AG
	Prof.Dr.Hans Oester, NR, Zürich	EVP/ZH
	Monique Paccolat, NR, Collonges	CVP/VS
	Dr.Theo Portmann, NR, Chur	CVP/GR
	Dr.M.Reimann, NR, Gipf-Oberfrick	SVP/AG
	Dr.Peter Spälti, NR, Hettlingen	FDP/ZH
	Dr.Sigmund Widmer, NR, Zürich	LdU/ZH
	Elisabeth Zölch-Balmer, NR, Bern	SVP/BE

2. Mitglieder:

<u>Zürich</u>	Heinz Allenspach, NR, Fällanden	FDP
	Dr.Konrad Basler, NR, Esslingen	SVP
	Dr.Walter Biel, NR, Watt	LdU
	Dr.Christoph Blocher, NR, Feldmeilen	SVP
	Ulrich Bremi, NR, Zollikon	FDP
	Ernst Cincera, NR, Zürich	FDP
	Max Dünki, NR, Oberrieden	EVP
	Dr.Paul Eisenring, NR, Erlenbach	CVP
	Walter Frey, NR, Zürich	SVP
	Dr.Hans Ulrich Graf, NR, Bülach	SVP
	Prof.Dr.Riccardo Jagmetti, SR, Zürich	FDP
	Dr.Kurt Müller, NR, Meilen	FDP
	Dr.Lili Nabholz, NR, Zollikon	FDP
	Willi Neuenschwander, NR, Oetwil a.d.L.	SVP
	Richard Reich, NR, Forch	FDP
	Rudolf Reichling, NR, Stäfa	SVP
	Rolf Seiler, NR, Zürich	CVP
	Vreni Spoerry, NR, Horgen	FDP
	Monika Weber, SR, Zürich	LdU

<u>Bern:</u>	Jean Pierre Bonny, NR, Bremgarten	FDP
	Susanne Daepp-Heiniger, NR, Oppligen	SVP
	Franz Dietrich, NR, Wabern	CVP
	Arthur Hänsenberger, SR, Oberdiessbach	FDP
	Fritz Hari, NR, Reichenbach	SVP
	Marc-André Houmard, NR, Biel	FDP
	Raoul Kohler, NR, Biel	FDP
	François Loeb, NR, Muri	FDP
	Paul Luder, NR, Oberösch	SVP
	Albrecht Rychen, NR, Lyss	SVP
	Dr. Peter Sager, NR, Bern	SVP
	Heinz Schwab, NR, Lobsigen	SVP
	Hanspeter Seiler, NR, Ringgenberg	SVP
	William Wyss, NR, Grasswil	SVP
	Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, SR, Gümligen	SVP
Otto Zwygart, NR, Bolligen	EVP	
<u>Luzern:</u>	Manfred Aregger, NR, Hasle	FDP
	Paul Fäh, NR, Luzern	FDP
	Rosmarie Dormann, NR, Rothenburg	CVP
	Dr. Theo Fischer, NR, Sursee	CVP
	Franz Jung, NR, Eschenbach	CVP
	Josi Meier, SR, Luzern	CVP
	Theodor Schnider, NR, Sörenberg	CVP
	Dr. Judith Stamm, NR, Luzern	CVP
	Karl Tschuppert, NR, Ettiswil	FDP
<u>Uri:</u>	Hans Danioth, SR, Altdorf	CVP
	Franz Steinegger, NR, Flüelen	FDP
	Oswald Ziegler, SR, Bauen	CVP
<u>Schwyz:</u>	Jakob Bürgi, NR, Schindellegi	CVP
	Dr. Alois Dobler, SR, Lachen	CVP
	Xaver Reichmuth, SR, Schwyz	CVP
	Karl Weber, NR, Seewen-Schwyz	FDP
<u>Obwalden:</u>	Ueli Blatter, NR, Engelberg	CVP
	Dr. Niklaus Kuchler, SR, Sarnen	CVP
<u>Nidwalden:</u>	Josef Iten, NR, Hergiswil a.S.	CVP
	Norbert Zumbühl, SR, Wolfenschiessen	CVP
<u>Glarus:</u>	Dr. Peter Hefti, SR, Glarus	FDP
	Fritz Hösli, NR, Diesbach	SVP
	Hans Meier, SR, Niederurnen	CVP

<u>Zug:</u>	Dr.Peter Hess, NR, Zug	CVP
	Andreas Iten, SR, Unterägeri	FDP
	Markus Kündig, SR, Zug	CVP
	Dr.Georg Stucky, NR, Baar	FDP
<u>Freiburg:</u>	Anton Cottier, SR, Freiburg	CVP
	Elisabeth Déglise, NR, Villarsel s.Marly	CVP
	Jean-Nicolas Philipona, NR, Vuippens	FDP
	Bernard Rohrbasser, NR, Châtel-St-Denis	SVP
	Jean Savary, NR, Sâles	CVP
	Dr.Paul Zbinden, NR, Freiburg	CVP
<u>Solothurn:</u>	Dr.Max Affolter, SR, Olten	FDP
	Rolf Büttiker, NR, Wolfwil	FDP
	Peter Hänggi, NR, Nunningen	CVP
	Urs Nussbaumer, NR, Riedholz	CVP
	Dr.Urs Scheidegger, NR, Solothurn	FDP
	Rosemarie Simmen, SR, Solothurn	CVP
	Christian Wanner, NR, Messen	FDP
<u>Basel-Stadt:</u>	Prof.Martin H. Burckhardt, NR, Basel	Lib
	Dr.Paul Wyss, NR, Basel	FDP
<u>Basel-Land:</u>	Dr.Felix Auer, NR, Bottmingen	FDP
	Dr.Hans-Rudolf Feigenwinter, NR, Reinach	CVP
	Hans-Rudolf Gysin, NR, Pratteln	FDP
	Hans-R. Nebiker, NR, Diegten	SVP
	Prof.Dr.René Rhinow, SR, Seltisberg	FDP
<u>Schaffhausen:</u>	Kurt Schüle, NR, Schaffhausen	FDP
	Bernhard Seiler, SR, Thayngen	SVP
<u>Appenzell-AR:</u>	Hans-Rudolf Früh, NR, Bühler	FDP
	Herbert Maeder, NR, Rehetobel	-
	Dr.Otto Schoch, SR, Herisau	FDP
<u>Appenzell-IR:</u>	Rolf Engler, NR, Appenzell	CVP
	Carlo Schmid, SR, Oberegg	CVP
<u>St.Gallen:</u>	Dr.Eugen David, NR, St.Gallen	CVP
	Susi Eppenberger, NR, Nesslau	FDP
	Titus Giger, NR, Murg	FDP
	Josef Kühne, NR, Benken	CVP
	Dr.Edgar Oehler, NR, Balgach	CVP
	Hans Ruckstuhl, NR, Rossrüti	CVP
	Ernst Rüesch, SR, St.Gallen	FDP
	Dr.Jakob Schönenberger, SR, Kirchberg	CVP
	Hans Werner Widrig, NR, Bad Ragaz	CVP
	Walter Zwingli, NR, Salez	FDP

<u>Graubünden:</u>	Dr. Peter Aliesch, NR, Malans	FDP
	Simeon Bühler, NR, Tschappina	SVP
	Dr. Luregn Mathias Cavelti, SR, Chur	CVP
	Dr. Dumeni Columberg, NR, Disentis/Mustér	CVP
<u>Aargau:</u>	Theo Fischer, NR, Hägglingen	SVP
	Ulrich Fischer, NR, Seengen	FDP
	Beda Humbel, NR, Birmenstorf	CVP
	Dr. Bruno Hunziker, SR, Aarau	FDP
	Dr. Anton Keller, NR, Untersiggenthal	CVP
	Dr. Rolf Mauch, NR, Hirschthal	FDP
	Reinhard Müller, NR, Wiliberg	SVP
	Albert Rüttimann, NR, Jonen	CVP
<u>Thurgau:</u>	Otto Hess, NR, Roggwil	SVP
	Ernst Mühlemann, NR, Ermatingen	FDP
	Paul Rutishauser, NR, Götighofen	SVP
	Hans Uhlmann, SR, Bonau	SVP
	Hermann Wellauer, NR, Frauenfeld	CVP
<u>Tessin:</u>	Giovanni Baggi, NR, Malvaglia	CVP
	Dr. Fulvio Caccia, NR, Cadenazzo	CVP
	Dr. Adriano Cavadini, NR, Pregassona	FDP
	Gianfranco Cotti, NR, Locarno	CVP
	Dr. Mario Grassi, NR, Massagno	CVP
	Camillo Jelmini, SR, Pregassona	CVP
	Franco Masoni, SR, Lugano	FDP
	Massimo Pini, NR, Gerra	FDP
	Dr. Sergio Salvioni, NR, Verscio	FDP
<u>Waadt:</u>	Jean-Pierre Berger, NR, Dompierre	SVP
	Marcel Dubois, NR, Puidoux	FDP
	Charles Friderici, NR, Lully	Lib
	Paul-René Martin, NR, Lausanne	FDP
	Claude Massy, NR, Epesses	Lib
	André Perey, NR, Vufflens-le-Château	FDP
	Dr. Philippe Pidoux, NR, Lausanne	FDP
	Dr. Hubert Reymond, SR, Savigny	Lib
	Pierre Savary, NR, Payerne	FDP
<u>Wallis:</u>	Pascal Couchepin, NR, Martigny	FDP
	Vital Darbellay, NR, Martigny	CVP
	Edouard Delalay, SR, St-Léonard	CVP
	Franz-Joseph Hildbrand, NR, Gampel	CVP
	Daniel Lauber, SR, Zermatt	CVP
	Paul Schmidhalter, NR, Brig/Glis	CVP

<u>Neuenburg:</u>	Thierry Béguin, SR, Saint-Blaise	FDP
	Jean Cavadini, SR, Hauterive	Lib
	Claude Frey, NR, Neuenburg	FDP
	Prof.Dr. Jean Guinand, NR, Neuenburg	Lib
	François Jeanneret, NR, Saint-Blaise	Lib
<u>Genf:</u>	Gilbert Coutau, NR, Genf	Lib
	Dominique Ducret, NR, Laconnex	CVP
	Jacques-Simon Eggly, NR, Genf	Lib
	Dr.André Gautier, SR, Genf	Lib
	Jean-Michel Gros, NR, Satigny	Lib
	Jean-Philippe Maitre, NR, Vérenaz	CVP
	Dr.Gilles Petitpierre, NR, Genf	FDP
	Guy-Olivier Segond, NR, Genf	FDP
<u>Jura:</u>	Pierre Etique, NR, Bressaucourt	FDP
	Michel Flückiger, SR, Porrentruy	FDP
	Jean-François Roth, SR, Courtételle	CVP
	Gabriel Theubet, NR, Porrentruy	CVP